



POLITIK / KOMMENTAR

Frauentag - Kampf mit offenem Blick ...

(SB) - Befreit vom historischen Vermächtnis der sozialistischen Frauenbewegung, die das kämpferische Anliegen der Frauenemanzipation mit der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft wie selbstverständlich zusammendachte, und an die Beliebbarkeit des Tages der Sparkassen oder des Waldes ... (S. 3)

Kooperationspartner



poonal

Pressedienst lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.dee>



Pressenza

Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

Israel - Trumps Vorschlag durchsichtig ...

(SB) 7. März 2020 - "Dies sollte ein Feiertag sein, aber mir ist nicht nach Feiern zumute, denn wenn ich hier vor Ihnen, den Bürgern Israels, stehe, empfinde ich tiefe Scham. Wir verdienen keinen weiteren häßlichen und schmutzigen Wahlkampf wie den, der heute zu Ende geht, und wir verdienen keine endlose Instabilität. Wir verdienen eine Regierung, die für uns arbeitet". So klangen die trotzig-deprimierten Worte des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin nach Abgabe seiner Stimme bei der Knessetwahl am 2. März. Nach Wahlen im April und September 2019 war es der dritte Versuch innerhalb eines Jahres, eine stabile Parlamentsmehrheit in Israel zustande zu bringen. Doch auch diesmal scheint der Versuch gescheitert zu sein.

Wie bei den beiden vorangegangenen Wahlen drehte sich auch diesmal alles um Benjamin Netanjahu. Inzwischen Premierminister mit der längsten Amtszeit in der Geschichte Israels, schlägt sich Netanjahu, den seine Anhänger "König Bibi" nennen, mit mehreren schweren Korruptionsaffären herum - darunter eine um Schmiergeldzahlungen in Verbindung mit dem Kauf mehrerer Millionen Euro teureren U-Boote Ma-

de in Germany. Seit vergangenem Oktober steht Netanjahu deswegen unter Anklage. Nur der Verbleib an der Regierungsspitze kann den Vorsitzenden der konservativ-nationalen Likud-Partei vor der Justiz retten - zumindest für weitere vier Jahre. Mächtige Unterstützung hatte Netanjahu im Wahlkampf aus den USA erhalten. Im Februar gab US-Präsident Donald Trump endlich den Inhalt seines mit Spannung erwarteten Plans zur Lösung des Dauerkonflikts zwischen Israelis und Palästinensern bekannt. Trumps "Deal of the Century" sieht die Annektierung Ostjerusalems sowie weiter Teile des Westjordanlands, wo heute illegale jüdische Siedlungen stehen, durch Israel vor. Der "Palästinenserstaat" soll lediglich aus mehreren räumlich voneinander getrennten und von Israel eingeschlossenen Gebieten ohne eigene Armee und ohne eigenen Zugang zur restlichen Welt bestehen.

Im Wahlkampf gegen die Mitte-Links-Allianz Kahol Lavan (Blau und Weiß) um Ex-Generalstabschef Benny Gantz hat sich Netanjahu als welterfahrener Staatsmann und Militärstrategie präsentiert, der als einzige Person in der Lage sei, Israel vor den "terroristischen" Gefahren zu schützen,

die angeblich von den Palästinensern, Syrien, der libanesischen Hisb Allah und dem Iran ausgehen. In diesem Zusammenhang muß auch die Liquidierung des iranischen Generals Qassem Soleimani am 3. Januar bei Bagdad durch einen CIA-Drohnenangriff als Wahlkampfgeschenk des Weißen Hauses an Netanjahu betrachtet werden. Soleimani, der die militärische Zusammenarbeit Teherans mit der Hisb Allah, mit den schiitischen Milizen im Irak, mit dem "Regime" Bashar Al Assads in Damaskus sowie mit der im palästinensischen Gazastreifen reagierenden Hamas-Bewegung koordinierte, stand ganz oben auf der Abschußliste Israels. US-Medienberichten zufolge sollen nicht zuletzt nachrichtendienstliche Erkenntnisse der Israelis über die Bewegungen Soleimanis in den letzten Stunden und Tagen vor seinem Tod das Attentat der Amerikaner ermöglicht haben.

Während Gantz sich lediglich als Saubermann zu verkaufen versuchte, hat Netanjahu in den letzten Wochen den Bau neuer Siedlungen in Ostjerusalem angekündigt und die Annektierung des Jordantals samt des Grenzstreifens zu Jordanien als Sofortmaßnahme nach einem eventuellen Wahlsieg versprochen. Nebenher ließ der Premierminister als Machtdemonstration die israelische Luftwaffe immer wieder nächtliche Angriffe auf Ziele in Syrien und im Gazastreifen fliegen. Kein Wunder, daß Gantz dagegen blaß wirkte. Auch dessen weitgehende Annäherung an Netanjahus "Politik der harten Hand" war keine besonders schlaue Wahlkampfstrategie. Warum sollten die Leute "Netanjahu 2.0" wählen, wenn sie beim Original bleiben konnten?

Und so kam es, wie es kommen mußte. Beim dritten Aufeinanderprallen mit Netanjahu hat Gantz den kürzeren gezogen. Blau-Weiß hat wie im vergangenen September 33 Sitze gewonnen, Netanjahus Likud dagegen die Zahl ihrer Mandate von damals 32 auf 36 erhöhen können. Damit ist die Likud wieder stärkste politische Kraft Israels geworden. Allerdings steht Netanjahu erneut vor dem Problem, daß seine politischen Verbündeten aus dem jüdisch-orthodoxen und dem rechtsextremen Lager durch die Bank geschwächt und Sitze abgeben haben. Die Regierungskoalition, die Netanjahu noch anführt, hat erneut die erforderliche Mehrheit von 61 Mandaten in der 120sitzigen Knesset knapp verfehlt. Für Netanjahu bestehen nun die einzigen Alternativen darin, eine große Koalition aus Likud und Blau-Weiß zu bilden, die sieben Sitze der säkular-nationalistischen Jisra'el Beiteanu seines Todfeinds Avigdor Lieberman ins Boot zu holen oder zu versuchen, sich als Premierminister einer Minderheitsregierung durchzuwurschteln.

Die eigentliche Gewinnerin der jüngsten Knesset-Wahl ist die Vereinte Liste, die aus vier arabischen Parteien besteht. Dank reger Wahlbeteiligung der israelischen Araber sowie des Zuspruchs nicht weniger linker jüdischer Wähler hat die VL mit 12,65 Prozent Stimmenanteil und 15 Sitzen ihr bestes jemals erzielt Ergebnis bei einer Knessetwahl eingefahren. Nach Likud und Blau-Weiß wurde sie drittstärkste Kraft. Die hohe Mobilisierung der VL-Wähler ist nicht nur als Reaktion auf den generellen Rechtsruck der israelischen Politik zu verstehen, sondern hängt auch di-

rekt mit Trumps "Deal des Jahrhunderts" zusammen. Der Vorstoß des Weißen Haus sieht die Übergabe der Souveränität über Teile des israelischen Staatsgebiets, die am Westjordanland angrenzen und die einen fast ausschließlich arabischen Bevölkerungsanteil aufweisen, an die palästinensische Autonomiebehörde vor. Damit würden Hunderttausende Araber ihre israelische Staatsbürgerschaft verlieren. Der Widerstand gegen die Initiative erklärt, warum die Wahlbeteiligung bei den israelischen Arabern mit 64,7 Prozent so hoch wie nie zuvor gewesen ist.

Auch wenn sie ihr nicht selbst angehört, will die VL nun in der Knesset einer Regierung zur Macht verhelfen, der Netanjahu nicht mehr vorsteht - eine Koalition aus Blau-Weiß und kleineren Parteien. Nach Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses schickte der VL-Vorsitzende Aiman Odeh folgende Twitter-Meldung in die Welt hinaus: "Bibi, ich werde Dir zeigen, was Demokratie ist. Sie besteht in der Herrschaft der Mehrheit der Bürger, nicht allein der Mehrheit der Juden. Pack Deine Koffer. Deine Zeit ist abgelaufen." Als Reaktion auf die Kampfansage Odeys versucht Netanjahu inzwischen, die mögliche Rolle der VL als Königsmacherin in der Knesset als unzulässige Einmischung der Todfeinde Israels in deren Innenpolitik zu diffamieren. Der Kampf der israelischen Araber sowie ihrer palästinensischen Verwandten um Gleichberechtigung und Menschenwürde geht offenbar in eine neue Runde.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1703.html>

Frauentag - Kampf mit offenem Blick ...

Unser Erbe sind die unterschiedlichsten feministischen Strömungen, Kämpfe und Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und das Patriarchat gerichtet haben. Wir fühlen uns einer Situation ausgesetzt, in der Ungerechtigkeit, Armut, Rassismus, imperialistische Kriege und eine patriarchale Weltordnung immer noch unser Leben bestimmen. Uns ist bewusst, dass uns die Definition Frau keineswegs in unserer Diversität darstellen kann. Uns ist bewusst, dass uns das patriarchale System als Frauen* sozialisiert und uns die unbezahlte Reproduktionsarbeit aufzwingt. Uns ist aber auch bewusst, dass wir mehr sind als das Geschlecht, dem wir zugeschrieben werden und dass das, was uns ausmacht, auch von unserem politischen und sozialen Bewusstsein abhängt.*

Aus dem Manifest der Gruppe kali [1]

(SB) 7. März 2020 - Befreit vom historischen Vermächtnis der sozialistischen Frauenbewegung, die das kämpferische Anliegen der Frauenemanzipation mit der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft wie selbstverständlich zusammendachte, und an die Beliebigkeit des Tages der Sparkassen oder des Waldes gemahnend wurde mit dem Frauentag ein begrifflicher Kompromiß geschaffen, der fast niemandem wehtut. Wenn schon Drogerieketten und Bekleidungsgeschäfte zum 8.

März mit Rabattaktionen und besonderen Angeboten aufwarten [2], die mit Gender-Marketing klassische Geschlechterstereotypen bedienen, dann ist es nicht mehr weit bis dahin, daß der Frauentag wie Mutter- oder Valentinstag als Ritual der Belohnung für die klaglose Unterwerfung unter all das gehandelt wird, was Frauen an erster Stelle genommen wurde.

Aus gutem, streitbarem Grund benennen die Bündnisse, die die Demonstrationen am 8. März vorbereiten, diesen Tag als Internationalen Frauenkampftag oder widmen ihn dem Feministischen Frauenstreik, mal mit, mal ohne Genderstern. Wie anders sollten sich Frauen und dritte Geschlechter in einer patriarchalen Gesellschaft positionieren, die vermeintlich männliche Qualitäten und Verhaltensweisen nach wie vor favorisiert und belohnt? Diese Auseinandersetzung, die menschliche Vergesellschaftungspraktiken seit mindestens 5000 Jahren bestimmt, läßt sich nicht einfach per Dekret oder Gesetz beilegen.

Selbst wenn es nicht so wäre, verwahren sich große Teile der Gesellschaft dem Anliegen der Frauenemanzipation, wie die Beibehaltung des Abtreibungsverbotes und die strukturelle Benachteiligung von LGBTIQ-Menschen belegt. Die administrative Kontrolle über die biologische Reproduktion

der Gesellschaft greift auf unmittelbarer physischer Weise auf die Körper von Frauen zu, indem sie medizinischen Maßnahmen und sozialen Einschränkungen zu dem einzigen Zweck ausgesetzt werden, neue Menschen für Staat und Nation, für Fabrik und Armee auf die Welt zu bringen. Die patriarchale Ordnung steckt nicht etwa in den Genen, wie die vermeintlichen Herren der Schöpfung behaupten, sondern stützt sich auf die Verinnerlichung einer sozialdarwinistischen Überlebensdoktrin, die im schlimmsten Fall Staatenkriege und genozidale Vernichtung hervorbringt. Sie drückt sich aus im Anspruch auf die rücksichtslose Ausbeutung der Natur als sogenannte Ressource eigenen Verbrauches und ist daher auch Gegenstand der Kritik sozialökologischer und ökofeministischer Bewegungen.

Was bei den regierungsamtlichen, am Frauentag als gesellschaftliche Errungenschaft gefeierten Gleichstellungspolitiken herauskommt, ist sicher besser als gar nichts, bewegt sich jedoch am empfindlichen Punkt der Überwindung patriarchaler Herrschaft gezielt vorbei. Führende Positionen in Großkonzernen paritätisch mit Frauen zu besetzen, ohne die neokolonialistische Ausbeutung des Globalen Südens zum Problem zu erheben, unter der insbesondere Frauen zu leiden haben, ist ein Beispiel für patriarchal bedingte Gleichstellungspolitik, die

Bundeswehr in allen Bereichen weiblichen und LGBTIQ-SoldatInnen zu öffnen, die dem deutschen Imperialismus mit verheerenden Folgen für die in den Zielgebieten deutscher Kampfflugzeuge lebenden Menschen zum Erfolg verhelfen, ein anderes. Wenn eine Hillary Clinton als Feministin bejubelt wird, deren Außenpolitik zahllose Menschenleben kostete und die zugunsten ihres Ehemannes Bill Clinton in den 1990er Jahren einen der brutalsten Angriffe auf die EmpfängerInnen von Sozialtransfers befürwortet hat, ist das Ausdruck eines von neofeudalen Attributen zur Herrschaftsform entwickelten Elitenfeminismus, dem Frauenemanzipation und die Anerkennung nichtbinärer Geschlechter ein willkommenes Legitimationsvehikel ist.

All das läßt sich in den Frauentag integrieren, doch stößt es bei den Bewegungen für emanzipatorische und sozialrevolutionäre Geschlechtergerechtigkeit auf Widerstand. Wo das universale Gleichheitsprinzip hochgehalten wird, gilt es nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern für alle Geschlechter, die Menschen für sich in Anspruch nehmen. Ob unter dem Akronym LGBTIQ oder FLINT versammelt, ob mit Binnen-I grammatisch zusammengefaßt oder mit Genderstern Inklusivität und Diversität einfordernd, ist die Aufhebung der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit zumindest für diese Bewegung unumkehrbar. Warum auf das biologische Geschlecht bestehen, wenn das soziale Geschlecht hauptsächliches Angriffsziel maskuliner Gewalt gegen Frauen, Schwule und Lesben, Trans- und Inter-Menschen ist? Als Katalysa-

tor tradierter Rollenvorstellungen zur Überwindung jeglicher Fremdverfügbarkeit durch Kategorien und Normen, durch Vergleichsparameter und Stigmatisierungen ist der Kampf gegen binäre Geschlechtervorstellungen längst kein Privileg der Industriegesellschaften Nordamerikas und Westeuropas mehr, sondern auch im Trikont ein viele Menschen aus schmerzlicher Betroffenheit tief bewegendes Thema.

Unumkehrbare Vielfalt der Geschlechter

Wie sehr die Frauenbewegung gerade in dieser Hinsicht im Umbruch ist, belegt der Streit zwischen der zweiten und dritten Generation feministischer Aktivistinnen um das Verhältnis von biologischem und sozialem Geschlecht. Wo sich Frauen, die das biologisch bestimmte Kriterium des Geschlechtes gegen die vermeintliche Mißachtung ihrer spezifischen Unterdrückung durch die Aufhebung der binären Geschlechterordnung verteidigen, will der Queerfeminismus die soziale und gesellschaftliche Rollenzuweisung, die Menschen in ihrer jeweiligen Geschlechtlichkeit identifizierbar und verfügbar macht, im Ganzen überwinden [3]. Das wiederum negiert Geschlechtlichkeit nicht, aber löst sie von einer praktisch zum Seinszweck erhobenen Biologie, die als Hebel maskuliner Machtausübung so bewährt ist, daß der Anspruch auf naturgegebene Festlegung unter anderem im Antifeminismus der Neuen Rechten massiv verteidigt wird.

Der Streit um das Verhältnis von Sex und Gender, von biologi-

schem und sozialem Geschlecht setzt feministische Bewegungen einer großen Belastungsprobe aus. Das ist aufgrund der massiv gegen "Genderwahn" hetzenden AfD und der weltweit eskalierenden antifeministischen wie trans- und interphoben Gewalt auch ein Problem notwendiger Verteidigung erreichter Emanzipationsschritte gegen den Rollback, mit dem die Neue Rechte Frauen zurück in die Pflicht klagloser Arbeit im Haushalt und für den Nachwuchs drängen will. Dieser Angriff richtete sich darüber hinaus gegen alles, was andere an dieser Welt für lebens- und erhaltenswert erachten, weil es dem Erhalt und Schutz des Schwachen und Verletzlichen, des Unscheinbaren und Unsichtbaren gewidmet ist.

So ließ Judith Butler, die mit ihrem epochalen Werk "Gender Trouble" vor 30 Jahren die alternativlos erscheinende Herrschaft der Zweigeschlechtlichkeit erschütterte, bei einem Vortrag Ende Januar in Berlin erkennen, daß ihr Werteuniversalismus auch die nichtmenschliche Welt einschließt. Für sie würden in den Gender Studies, die im Mittelpunkt des antifeministischen Feindbildes der Neuen Rechten stehen, nicht nur Geschlechterfragen verhandelt, sondern es ginge allgemein darum, "eine Welt größerer Gleichheit und Freiheit vorstellbar zu machen, aber auch eine der sozialen Würde und des lebenswerten Lebens; die Verbindung zwischen sozialen Kämpfen und dem Kampf für die Erde zu verstehen, deren Existenzrechte nicht die Form menschlichen Rechts annehmen, sondern diesem übergeordnet sind" [4].

Einig sind sich die am Internationalen Frauentag protestierenden Menschen zweifellos darin, daß sie, wenn sie nicht dagegen angehen, Gefahr laufen, maskuliner Gewalt und rechtem Haß auf alle sich nicht unterwerfenden Frauen und abweichenden Formen sexueller Orientierung zum Opfer zu fallen. Schon von daher wäre die Besinnung auf den gemeinsamen Kampf, der auch Ausdruck im internationalen Anspruch des Frauentages findet, ein dringliches Ziel.

Aus der Perspektive des Globalen Südens die Kämpfe erweitern

Das sollte um so leichter fallen, als die Lebensverhältnisse in anderen Teilen der Welt für Frauen und heterosexuell orientierte Minderheiten nach wie vor so grausam und brutal sind, daß es niemals genug Solidarität mit den dort ausgetragenen Kämpfen geben kann. Die hohe Zahl von Femiziden und Morden an Transmenschen in Mexiko, Argentinien, Brasilien, Indien wie anderen Ländern des Globalen Südens; die ohnmächtige Situation von Vergewaltigungsoffern in manchen islamischen Gesellschaften, wo, wie zum Beispiel für die Türkei geplant, die Vergewaltigung selbst von Minderjährigen straflos bleiben soll, wenn die Vergewaltigter ihr Opfer heiraten; die in Osteuropa trotz allem Anspruch auf offene Gesellschaften grassierende Homophobie; die massive Benachteiligung weiblicher Gewaltopfer in Rußland; die zur Rettung ihrer erstrittenen Errungenschaften mit der Waffe in der Hand gegen islamistische Frauenhasser, die von der Türkei direkt

und von Deutschland mittelbar unterstützt werden, kämpfenden Kurdinnen ... die Liste der Anlässe, sich mit Frauen, Migrantinnen, und Arbeiterinnen in aller Welt zu verbünden, ist schier endlos.

Und sie endet nicht dort, wo das unreformierte Patriarchat den Ton angibt. Wenn zum Beispiel afroamerikanische Frauen in den USA innerhalb feministischer Gruppen von weißen Aktivistinnen diskriminiert werden oder schwarze Frauen in der Bundesrepublik angegriffen werden, weil sie lesbisch sind und keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, dann handelt es sich um Formen der Mehrfachunterdrückung, zu deren Bekämpfung das Konzept der Intersektionalität entwickelt wurde. Um race, class und gender gruppierte, aber nicht auf die Trias von Ethnie, Klasse und Geschlecht beschränkte Formen einander überschneidender Diskriminierungen zusammenzudenken ist das beste Mittel, um das unter einigen Linken immer noch als unvereinbar betrachtete Verhältnis von Klassen- und Identitätskämpfen zugunsten einer komplementären Verstärkung aufzuheben, die im Endeffekt auch nichtmenschliche Lebewesen einschließen könnte.

Zum Internationalen Frauentag erklären immer mehr feministische Gruppen [5] [6] den Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Kriege wie die prinzipielle Solidarität mit flüchtenden und von Rassismus betroffenen Menschen zum integralen Bestandteil ihres Anliegens. Das macht Mut und läßt eine Zukunft erstehen, in der die Solidarität aller von Kapital und Patriarchat beherrschten Menschen so haltbar und kraftvoll

wird, daß die diese Welt beherrschenden und zu Grunde richtenden Individuen und Interessen wirksam in ihre Schranken gewiesen werden.

Anmerkungen:

- [1] <https://kalifeminists.wordpress.com/ueber/>
- [2] <https://www.br.de/puls/themen/welt/weltfrauentag-kein-werbung-100.html>
- [3] https://www.ak-web.de/ak_s/ak657/23.htm?fbclid=IwAR2tZLOqCqYLjcecv4h7AfefeEDTlgtUXVgk8yxgQHsk-NKOf3FIwq8_RM4
- [4] https://www.deutschlandfunkkultur.de/30-jahre-gender-troublevon-judith-butler-explosiver.2162.de.html?dram:article_id=471344
- [5] <https://www.klassegegenklasse.org/rassistische-und-sexistische-spaltung-ueberwinden-fuer-einen-feminismus-der-arbeiterinnen/>
- [6] https://www.viewpointmag.com/2020/03/04/transborder-call-for-a-feminist-strike-on-march-8th-and-9th-2020/?fbclid=IwAR2JLCNMdHycTdw-t48cKit_qnet29I-jrPrXWlCjGHI0uky9DIUH4V7i9U

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1872.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Frauentag: Massive Demonstrationen und ein Streik erwartet

Für den 8. März werden in Mexiko massive Demonstrationen erwartet, mehrere Millionen könnten am Frauenstreik am 9. März teilnehmen

(Mexiko-Stadt, 7. März 2020, *amerika21/poonal*) - Gerade einen Monat ist es her, dass die brutalen Feminizide an Ingrid Escamilla und der 7-jährigen Fátima in Mexiko-Stadt das ganze Land in Aufruhr versetzt haben. Die feministische Bewegung erlebt mehr Zulauf denn je, gerade von jungen Frauen. Für den 8. März werden massive Demonstrationen erwartet, mehrere Millionen könnten am Frauenstreik am 9. März teilnehmen.

Am 8. März wird sich nicht nur die berühmte Avenida Reforma in Mexiko-Stadt in lila und grün färben, den Farben für die Frauenbewegung und für das Recht auf Abtreibung und körperliche Selbstbestimmung. Auch in den Bundesstaaten werden die Frauen auf die Straße gehen- gegen Diskriminierung und Gewalt an Frauen, die viele Kommentator*innen in Mexiko längst als Pandemie bezeichnen.

Im Jahr 2018 wurden nach Angaben des Nationalen Statistikinstituts Inegi 3.752 Frauen ermordet, das entsprach im Durchschnitt zehn Ermordeten pro Tag. Nur der kleinere Teil dieser Fälle wird als Feminizid, also als Mord aus Frauenhass, eingestuft, entweder

weil die Behörden überlastet oder nicht genügend ausgebildet sind, oder weil die jeweiligen Bundesstaaten ein Interesse daran haben, die offizielle Zahl der Feminizide klein zu halten. Einer gerade erst erschienenen Recherche der Organisation "Mexicanos contra la Corrupción" zufolge wurden zwischen 2012 und 2018 3.056 Feminizide erfasst, aber nur 634 Täter zu Strafen verurteilt, das entspricht einem Fünftel der Fälle.

Die Frauen sind auf Vieles sauer

Doch die Frauenmorde sind nur die Spitze des Eisbergs, die überwiegend jungen Frauen, die seit August 2019 immer wieder auf die Straße gehen und dabei auch Denkmäler und Wände besprühen und schon eine Polizeistation anzündeten, sind auf viele Dinge sauer: Die Medien, die entwürdigende Bilder der Opfer veröffentlichen, ein Justizsystem, in dem die meisten Delikte straflos bleiben, eine machistische Gesellschaft, in der masturbierende Männer in der U-Bahn oder sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und in der Universität an der Tagesordnung sind, aber nicht geahndet werden.

Und nicht zuletzt einen Präsidenten, der die Sorgen eines großen Teils der Bevölkerung über Gewalt gegen Frauen nicht anerkennen will. Seit Februar war die Debatte darüber, dass Andrés Manuel López Obrador (Amlo) in seinen morgendlichen Pressekonferenzen das Thema lieber kleinredete oder davon ablenkte, groß. Bei direkten Fragen stach er eher mit Platitüden wie "man muss Frauen respektieren" hervor, als durchgreifende Pläne zu präsentieren.

Präsident redet das Problem klein

Den Aufruf von Feministinnen zum Frauenstreik - in Mexiko am Montag, den 9. März - qualifizierte Amlo als Versuch von Rechten, seiner Regierung zu schaden. Einige Politikerinnen seiner Morena-Partei riefen dazu auf, am 9. März nicht zu streiken und "an der Seite von Amlo zu stehen". Außerdem setzte der Präsident den ersten Teil der von ihm verfüigten Versteigerung des Präsidentenflugzeugs genau für diesen Tag an.

Doch mit diesen Versuchen scheint Amlo sich einen Bären-

dienst erwiesen zu haben. Im Monat Februar sank seine Zustimmung in der mexikanischen Bevölkerung um acht Prozentpunkte auf 63 Prozent. Dem Streikaufruf schlossen sich hingegen immer mehr Frauen an. Inzwischen haben hunderte Unternehmen und selbst staatliche Stellen bekannt gegeben, dass ihre Mitarbeiterinnen keinen Lohnabzug zu befürchten haben, wenn sie die Arbeit ruhen lassen. Und die Flugzeugversteigerung wurde nach Protesten hastig auf den 10. März verlegt- Regierungssprecher Cuevas verkündete auf Twitter: "Die Regierung respektiert die Forderungen der Frauen und arbeitet wie nie zuvor daran, ihre Rechte durchzusetzen."

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/frauentag-massive-demonstrationen-und-ein-streik-erwartet/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra823.html>

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Feminist*innen über Piñera:

"Wir machen ihm das Leben schwer"

*Eine unsägliche Äußerung von Präsident Piñera über sexualisierte Gewalt hat Feminist*innen in ganz Chile empört - ein Grund mehr für den Protest am 8. März*

(Santiago de Chile, 3. März 2020, Medio a Medio) - Unsägliche Äußerungen des chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera haben für Diskussionen über den sprachlichen Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt gesorgt. Seine Aussagen kamen auf, während das Ley Gabriela erlassen wurde. Das neue Gesetz erweitert den juristischen Rahmen des Tatbestands Femizid auf alle Tötungsdelikte an Frauen, die aus Hass-, Verachtungs- oder Missbrauchsmotiven in Bezug auf das Geschlecht geschehen.

Diverse feministische Organisationen machten ihrer Kritik an den Aussagen des Präsidenten Luft, in denen er auf die Schuld aus Perspektive der Opfer von Femiziden angespielt hatte, die Missbrauch und Gewalt erfahren. In diesem Zusammenhang hatte Piñera erklärt, dass es "manchmal nicht nur der Wille der Männer ist, zu missbrauchen, sondern auch die Rolle der Frauen, missbraucht zu werden". All das, während er ein Gesetz erläuterte, das den rechtlichen Rahmen des Femizids erweitert und den Tatbestand auch auf Täter bezieht, die nicht Ehemann oder Partner des Opfers sind.

"Schuld ist der Staat, sind die Richter, die Bullen und der Präsident"

Die Koordinationsgruppe für die Proteste am 8. März wies die Aussagen über Instagram zurück: "Er erzählt uns mit einer Dreistigkeit, dass wir Frauen missbraucht werden wollen. Er, der denkt, dass sexueller Missbrauch ein Scherz ist, mit dem man seine Unternehmerfreunde zum Lachen bringt, erzählt uns, dass wir nur danach suchen, missbraucht zu werden. [...] So etwas war und ist niemals unsere Schuld. Die Schuld liegt auf Seiten derer, die uns missbrauchen und vergewaltigen und bei den Institutionen, die sie schützen. Es ist der Staat, es sind die Richter, die Bullen und der Präsident", erklärten sie.

Die feministische Gruppe Frente Feministas Poderosas reagierte auf ähnliche Weise auf die Aussagen und erklärte, hierbei handle es sich um eine "Ohrfeige für alle Frauen im ganzen Land." "Er ist unfähig, die unterschiedlichen Ebenen der Gewalt zu verstehen, der wir jeden Tag ausgesetzt sind", ergänzte die Sprecherin der Organisation, Estefanía Campos Figueroa. Die feministische

Aktivistin betonte, dass "Präsident Piñera wieder einmal sein Desinteresse daran bekundet, konkrete öffentliche Politik gegen Gewalt an Frauen zu machen. Deswegen mobilisieren wir mit noch mehr Kraft für diesen feministischen März." "Wo er auch ist, wir werden ihn stellen und ihm das Leben schwer machen", betonte die Gruppe mit Nachdruck.

Mit dem Kreislauf der Strafflosigkeit soll gebrochen werden

Die Vereinigung feministischer Anwältinnen (ABOFEM) wertete die Ankündigung des Gesetzes als "einen normativen Wandel in dieser Angelegenheit." Gleichzeitig bezogen sie sich auf die Erklärungen des Präsidenten, derer nach "die Würde und das Leben der Personen sowie ihre körperliche Unversehrtheit Werte sind, derer wir uns alle jederzeit verschreiben müssen, unter allen Umständen und überall." Die Vereinigung kommentierte, "das staatliche Handeln hat in den letzten Monaten genau das Gegenteil gezeigt." "Man kann sich auf die Gewalt nicht auf so ambivalente Weise beziehen. Ein Staat, der seine Beteiligung an den Menschenrechtsverletzungen leugnet, die seit dem sogenannten gesellschaftlichen Knall (gemeint sind die anhaltenden Proteste seit dem 18. Oktober) laufend dokumentiert werden, kann das Recht auf ein Leben in Frieden nicht einfordern. So hat es Piñera vermittelt, ohne Lösungen für die eigentlichen Ursachen der gesellschaftlichen Unzufriedenheit voranzutreiben", erklärte die Organisation. Sie fügten hinzu: "Wenn die Regierung ihren Erklärungen nachkommt, erwarten wir, dass sie mit dem Kreislauf der

Strafflosigkeit bricht, der für Verbrechen und die staatliche Gewalt gegen Frauen und andersdenkende Körper herrscht. Eine parlamentarische Anfrage an die Frauenministerin Isabel Plá wäre eine politische Instanz, um die staatliche Verantwortlichkeit und, im Besonderen, die nachlässige Rolle der Ministerin selbst anzuerkennen".

Zuletzt äußerte sich noch einmal die Koordinationsgruppe für den 8. März: "Unser Wille ist deutlich: Auf Piñera kommt der feministische Generalstreik zu, bei dem wir in der ersten Reihe gegen den staatlichen Terror und gegen diese kriminelle und frauenfeindliche Regierung auf die Straße gehen werden."

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/feministinnen-ueber-piñera-wir-werden-ihm-das-leben-schwer-machen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra824.html>

SCHACH - SPHINX

Fälle von großmeisterlichem Übermut

(SB) - Daß die Schwelle zum 19. Jahrhundert für das Königsgambit nicht einer Grablegung gleichkam, war im wesentlichen einer Handvoll Wiener Meister zu verdanken, die im beständigen Fleiß durch Artikel und Turnierpartien eine Bresche für dieses altertümliche Gambit schlugen. So organisierte der Wiener Meister und Schachschriftsteller Georg Marco 1903 ein spezielles Gambitturnier. In der Folge tauchten immer wieder österreichische Namen auf, wenn Neuerungen im Königsgambit aus der Taufe gehoben wurden. Auf der Gegenseite wettete in der Hauptsache Siegbert Tarrasch gegen das Königsgambit an. Seiner Meinung nach verletzte es die tiefsten Prinzipien moderner Schachstrategie, eine Meinung, der auch der Ex-Weltmeister Emanuel Lasker beipflichtete. So besaß das Königsgambit in den Reihen namhafter Großmeister kaum eine Anhängerschaft. Rudolf Spielmann muß hier würdigend hervorgehoben werden, der nie müde wurde, die Spielbarkeit dieses Gambits alter Tage zu beteuern. Dennoch setzten sich mehr und mehr die kritischen Stimmen durch. In ernsten Turnierpartien wurde es kaum noch angewandt, und die seltenen Fälle, wo es doch zur Anwendung kam, spielte man dann herunter als großmeisterlichen Übermut und atavistisches Gedenken. Das Königsgambit ist zweifelsohne eine schwer zu spielende Eröffnung. Ihr Variantenreichtum ist von abschrecken-



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag

Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Telefon: 04837 / 90 26 98

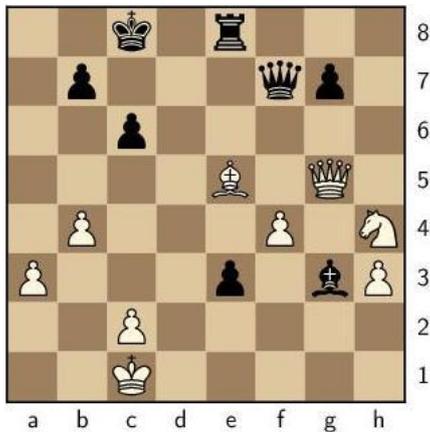
E-Mail: redaktion@schattenblick.de

Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe

- fassen, lesen und begreifen -

der Fülle, und die taktischen Schlingen, in denen man leicht zu Fall kommen kann, sind geradezu Legion. Sowohl Schwarz als auch Weiß müssen stets auf der Hut sein. Im heutigen Rätsel der Sphinx war Weiß offenbar von den siegreichen Schlachten des Königsgambits derart verblendet, daß er seine Partie mit allzu sorgenloser Stirn führte und dafür die Rechnung erhielt, Wanderer.



Hosnedl - Widenmann
Fernpartie 1981

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Was bleibt einem anderes als das Staunen, wenn sich die Welt in Rätseln verbirgt? Staunend lassen sich dann auch nur die Leistungen der Blindspieler bewundern: 1.Le3xh6! g7xh6 2.Sh2-g4 Lb3-e6 3.Dd2xh6+ Kh7-g8 4.Lf1-c4! Df7-g7 - 4...Le6xc4 5.Sg4xf6+ - 5.Dh6-h5 Dg7-h8 6.Td6xe6! Dh8xh5 7.Te6xe5+ Kg8-g7 8.Te5xh5 Te8xe4 9.Sg4-e3 Ta8-d8 - der Sehende übersieht das Matt, aber die Stellung stand längst verloren - 10.Se3-f5#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07203.html>

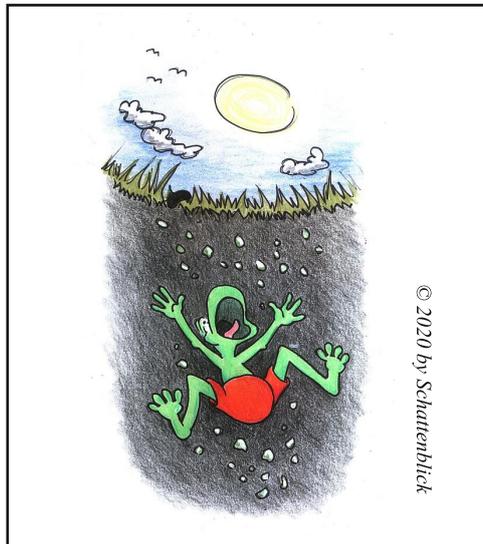
Inhalt Ausgabe 3197 / Sonntag, den 8. März 2020

- 1 POLITIK - REDAKTION:
Israel - Trumps Vorschlag durchsichtig ...
- 3 KOMMENTAR: Frauentag - Kampf mit offenem Blick ...
- 6 POLITIK - SOZIALES: Frauentag in Mexiko -
Massive Demonstrationen und ein Streik erwartet (poonal)
- 7 POLITIK - SOZIALES: Feminist*innen in Chile über Piñera -
"Wir machen ihm das Leben schwer" (poonal)
- 8 SCHACH-SPHINX: Staunen war der Anfang
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 08. März 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 8. März 2020

Vorhersage für den 08.03.2020 bis zum 09.03.2020



Am Morgen noch,
da lacht der Himmel,
Jean fällt ins Loch,
es regnet Schimmel.

IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Elektronische Zeitung Schattenblick

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.